



Interview
Die neue Kreis-
vorsitzende **Seite 3**



Bundesparteitag
Das neue Grundsatzprogramm
der CDU **Seite 2**



Klartext für Oberhausen

Juli 2024



Planungsspolitik

Mehr Sicherheit, weniger Stau!

Foto: Gerd Wallhorn / FUNKE Foto Service

CDU drängt auf schnellen Ausbau des Oberhausener Autobahnkreuzes

Das Autobahnkreuz Oberhausen wurde in den 60er Jahren in Betrieb genommen und ist eines der meist befahrenen Autobahnkreuze Nordrhein-Westfalens. Es erstickt im täglichen Verkehrschaos, sodass sein Ausbau im Bundesverkehrswegeplan als „vordringlicher Bedarf“ eingestuft wurde. Oberstes Ziel, das auch die Oberhausener CDU unterstreicht: Das Kreuz dem veränderten Verkehrsaufkommen anzupassen und es für die Zukunft fit und sicher zu machen. „Das Kreuz Oberhausen ist weder für das aktuelle noch für das zukünftige Verkehrsaufkommen ausgelegt. Dem muss Rechnung getragen werden“, fordert der planungspolitische Sprecher Denis Osmann. „Verkehrsprognosen zeigen die zu erwartenden Verkehrsteigerungen, die zwangsläufig Staus provozieren und unabhängig vom Ausbau auf uns zukommen werden. Autofahrerinnen und Autofahrer in unserem Land standen allein im vergangenen Jahr durchschnittlich 40 Stunden im Stau. Fazit: massive Schäden für Wirtschaft und Umwelt. Der wirtschaftliche Schaden beläuft sich auf über drei Milliarden Euro. Hinzu kommen weitere Milliarden, die sich durch den erhöhten Kraftstoffverbrauch im Stop-and-Go-Verkehr summieren. Ganz zu schweigen vom erhöhten CO²-Ausstoß“, beschreibt Osmann die Situation. „Außerdem führt der Ausbau durch flüssigeren Verkehr zur Verbesserung der Verkehrssicherheit. Stauenden



Der Ausbau reduziert die Umweltbelastung.
Foto: Hans Blosssey / FUNKE Foto Services

gehören zu den gefährlichsten Situationen auf unseren Straßen. Sie sind für die Hälfte aller Verkehrstoten auf bundesdeutschen Autobahnen verantwortlich“, erklärt Osmann.

Ausbau gleich Lärmschutz

Mit dem Ausbau sollen nach Aussage der CDU aber nicht nur Staus und Immissionen minimiert und Verkehrssicherheit erhöht werden, sondern auch die Lebensqualität gesteigert werden. Zum einen durch eine verbesserte Infrastruktur, die den Zugang zu wichtigen Dienstleistungen, Arbeitsplätzen und Freizeiteinrichtungen erleichtert. Zum anderen durch Lärmschutzmaßnahmen, die unmittelbar an den Ausbau gekoppelt seien und wichtig für die Menschen im Umfeld sind.

„Die Gegner des Ausbaus tragen eine Zahl von 5.000 zu fällenden Bäumen wie eine Monstranz vor sich her. Wir bezweifeln diese Zahl“, betont der umweltpolitische Sprecher und Landschaftsingenieur, Frank Bandel. „Wenn wir für den Ausbau tatsächlich einen Altbaubestand von 5.000 Bäumen fällen müssten, entspräche

dies einer Grundfläche von der Größe des gesamten bisherigen Kreuzes. Hier werden falsche Aussagen verbreitet. Die Belange des Naturschutzes müssen konsequent berücksichtigt werden. Ich erinnere, dass u.a. durch unsere Initiativen allein in den letzten vier Jahren netto mehr als 20.000 neue Bäume auf Oberhausener Stadtgebiet dazugekommen sind!“

Auch die Glaubwürdigkeit der lokalen Vertreterinnen und Vertreter stellt die CDU in Frage: „Die Ampelkoalition in Berlin hat jüngst erst mit einem Gesetz zum beschleunigten Autobahnausbau Fakten geschaffen. 145 Projekte wurden sogar als im ‚überragend öffentlichen Interesse‘ eingestuft. Oberhausen gehört dazu. Umso fragwürdiger, dass Grüne und SPD vor Ort um Wählergunst ringen und den Eindruck erwecken, als hätte die bundespolitische Entscheidung nichts mit ihnen zu tun, als wäre sie auf kommunaler Ebene zu beeinflussen“, kritisiert Osmann.

Reduzierte Umweltbelastung, erhöhter Lärmschutz, steigende Verkehrssicherheit und wirtschaftliches Wachstum sind für die CDU hinreichende Kriterien, um zu handeln. Jetzt die Hände in den Schoß zu legen, weil u.a. Spekulationen über zukünftige Verkehrssysteme kursieren und Kompensationsmaßnahmen keine Akzeptanz finden, würde unsere Region abhängen, sind sich die Christdemokraten einig und fordern die zügige Umsetzung der Pläne.

Aufbruch!

Ein neues Grundsatzprogramm, eine neue Kreisvorsitzende und ein gutes Wahlergebnis bei der Europawahl – Aufbruchstimmung für die CDU!

Anlass genug für einen Relaunch: Unser Klartext präsentiert sich im neuen Gewand, der neuen Corporate Identity der CDU. Wie gefällt es Ihnen?

Mit Tatendrang ins Wahljahr 2025

Wir in der CDU-Oberhausen blicken voller Tatendrang auf das Wahljahr 2025 mit Kommunal- und Bundestagswahl. Die Europawahl gibt uns dazu einen guten Anlass und Motivation. Es zeigt sich: Die CDU ist gefestigt die stärkste politische Kraft in Oberhausen!

Unsere neue Kreisvorsitzende bringt frischen Wind und neue Impulse in unsere Partei. Die von Daniel Schranz geführte städtische Verwaltung bringt Oberhausen mit klaren Zielen für die Zukunft unserer Heimatstadt voran. Und das neue Grundsatzprogramm gibt uns als CDU einen klaren Kompass für die Herausforderungen in unserem Land: Wertkonservativ, liberal und sozial. So gestalten wir als Christdemokraten die Zukunft.

Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen sind uns wichtig

Wir sind bereit, uns Ihren Fragen und Sorgen zu stellen und wollen Lösungen bieten, die nah an Ihnen dran sind. Dabei setzen wir aber auch auf Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen, denn nur gemeinsam können wir viel erreichen.

Freuen Sie sich im neuen Klartext auf interessante Beiträge, Berichte und Einblicke in unsere Arbeit. Wir laden Sie ein: Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft unserer Heimat gestalten!

Tobias Henrix
CDU-Fraktions-
geschäftsführer



Stadtplanung

Zeche Sterkrade Das ehemalige Zechengelände in Sterkrade wird zu einem modernen Wohngebiet umgestaltet. Ein Leuchtturmprojekt für Oberhausen und für das gesamte Ruhrgebiet. **Sonderseite 6**

Sicherheit



Hauptbahnhof CDU fordert Videobeobachtung in Oberhausen – für mehr Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt. **Seite 7**

Kultur und Religion

Holten Sensationsfund für Oberhausen – In der alten Synagoge in Holten wurden wertvolle historische Schätze entdeckt. Die Stadt plant nun eine Kultur- und Bildungsstätte und legt dazu erste Pläne vor. **Seite 8**

In Freiheit leben

Grundsatzprogramm

Die CDU hat auf ihrem Bundesparteitag in Berlin ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet, das den Kurs der Partei für die kommenden Jahre festlegt. Unter dem Titel „In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen“, setzt die CDU auf Bewährtes wie auch auf Erneuerung. Parteichef Friedrich Merz sieht das Programm als entscheidenden Schritt zur inhaltlichen Erneuerung der Partei.



Leitkultur und Integration

Ein zentrales Element des neuen Programms ist die Betonung einer deutschen Leitkultur. Diese umfasst die Achtung der **Menschenwürde, Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit** sowie die Werte von Respekt bis Toleranz. Zudem gehört die Kenntnis der deutschen Sprache und Geschichte dazu. „Nur wer sich zu unserer Leitkultur und damit auch zu unseren Werten bekennt, kann sich **integrieren** und deutscher Staatsbürger werden“, heißt es wortwörtlich.

Verschärfte Asylregeln

In der Migrationspolitik setzt die CDU auf Asylverfahren in sicheren Drittstaaten. Asylsuchende sollen in Drittstaaten überführt werden, um dort ihre Verfahren durchzuführen. Die CDU strebt dazu eine vertragliche **Vereinbarung mit Drittstaaten** an und fordert eine jährliche Kontingentregelung innerhalb der EU für schutzbedürftige Menschen. Diese Regelung soll eine **Obergrenze** für den Zuzug schaffen, ohne das Grundrecht auf Asyl anzutasten.

Rückkehr zur Wehrpflicht

Durch einen Vorstoß der Jungen Union will die CDU zurück zur ausgesetzten Wehrpflicht in Deutschland. Das Programm sieht eine **schrittweise Wiedereinführung** der Wehrpflicht vor, die in ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr überführt werden soll. Bis zur vollständigen Umsetzung soll eine Kontingentwehrrpflicht eingeführt werden, bei der je nach Bedarf ein Teil der Gemusterten zur Bundeswehr einberufen wird.

Energiepolitik und Klimaschutz

Die Erneuerbaren Energien sollen deutlich ausgebaut werden, um eine technologieoffene und **bezahlbare Energieversorgung** sicherzustellen. Deutschland kann zurzeit aber nicht auf die Option Kernkraft verzichten.

Haushaltsdisziplin und Sozialpolitik

Die **Schuldenbremse** bleibt für die CDU ein zentraler Pfeiler der Finanzpolitik. **Schattenhaushalte** werden kategorisch **abgelehnt** und schuldenfinanzierte Sondervermögen nur in absoluten Ausnahmefällen als Möglichkeiten angesehen. Die Partei setzt auf mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme und fordert eine Kopplung der Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung, um die Rente finanzierbar zu halten. Eine **verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge** soll ergänzen; mit staatlichen Zuschüssen für Geringverdiener. Prinzipiell gilt für den Arbeitsmarkt: Wer arbeiten kann, der muss in unserer Gesellschaft auch arbeiten und Leistung muss sich lohnen.

Das neue Grundsatzprogramm zeigt die CDU als eine Partei, die sich sowohl ihrer Wurzeln als auch den Herausforderungen der modernen Zeit bewusst ist. Mit klaren Positionen zu Integration, Sicherheit und Wirtschaftspolitik will die CDU Deutschland sicher in die Zukunft führen.

„In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen“

Unter dem Motto „In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen“ präsentierte die Partei ihr neues Grundsatzprogramm, das mit klaren Positionen und einer deutlichen Abgrenzung gegenüber extremistischen Strömungen überzeugt. Das neue, auf breiter Basis erarbeitete Grundsatzprogramm der CDU wurde vom Bundesparteitag verabschiedet. Auf 80 Seiten formuliert die Partei ihre Visionen und ihre Werte für die Zukunft Deutschlands. Dabei stehen Freiheit, Sicherheit, Aufbruch und Zusammenhalt erkennbar im Mittelpunkt. Merz betonte, dass das Programm ein „wichtiger Meilenstein“ auf dem Weg zur inhaltlichen Erneuerung der CDU sei und „unsere Grundwerte und unsere Ideen für eine gute Zukunft“ klar darstelle. (siehe auch Infokasten links) Ein zentrales Element des Programms ist die Haltung zur Integration und der Umgang mit extremistischen Strömungen. „Uns ist als CDU wichtig zu betonen, dass Muslime, die die Werte der liberalen Gesellschaft teilen, zur religiösen Vielfalt Deutschlands gehören. Gleichzeitig grenzt sich die CDU aber deutlich von Islamisten ab, die diese Werte nicht teilen“, so die neue CDU-Chefin in Oberhausen, Simone-Tatjana Stehr die als Delegierte dem Bundesparteitag folgte. „Wir brauchen mehr Wachsamkeit im Umgang mit politischen Islamisten, Links- und Rechtsextremisten in unserem Land.“ Die CDU präsentierte sich auf dem Parteitag geschlossen und entschlossen. Merz unterstrich, dass die Partei nach der schmerzlichen Niederlage bei der Bundestagswahl 2021 die Zeit in der Opposition genutzt habe, um sich neu zu formieren und programmatisch zu stärken. „Merz hat die Partei in eine neue Zeit geführt“, ist der

ehemalige CDU-Vorsitzende in Oberhausen, Wilhelm Hausmann, überzeugt. „Diese Geschlossenheit und der Wille zum Aufbruch spiegeln sich auch in unseren aktuellen Umfragewerten wider: Die CDU ist derzeit die stärkste politische Kraft in Deutschland und strebt danach, bei den kommenden Wahlen wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen.“

Parteitag zeigte deutlich: Die CDU ist bereit für die Zukunft

Mit einem klaren Programm und einer neuen Geschlossenheit blickt die Partei optimistisch auf die kommenden Herausforderungen. Sie will Deutschland sicher und frei in die Zukunft zu führen. „Deutschland hat eine Regierung abseits der linken Träumereien der Ampel und abseits der extremistischen Alternative von rechts verdient. Die CDU ist die ‚Verantwortungspartei‘ in Deutschland. Die Aufbruchsstimmung lag auf dem Parteitag förmlich in der Luft und hat uns auch für Oberhausen Rückenwind gegeben. So kann man motiviert in ein Wahlkampfjahr mit Kommunal- und Bundestagswahlen gehen“, resümiert Stehr.



CDU-Parteichef Friedrich Merz auf dem Bundesparteitag der CDU in Berlin. Foto: Sönke Ehlers

Triumph für Europa: Auch die Oberhausener CDU punktet

Die Europawahl 2024 ist Geschichte, und für die CDU in Oberhausen gibt es Grund zur Freude. Die Partei konnte in der Region gute Ergebnisse verzeichnen und ihre Position damit weiter festigen. Mit einem Plus von mehr als vier Prozent im Vergleich zur Wahl 2019 hat die CDU bewiesen, dass sie nach Jahrzehnten der SPD-Dominanz in der Stadt die stärkste Kraft ist.

Starke Präsenz in Oberhausen

In Oberhausen erreichte die CDU 26,3 Prozent der Stimmen und setzte sich damit klar gegen die Konkurrenz durch (SPD: 22,3%, AfD: 16,9%, Grüne: 9,7%, FDP: 4,6%, Linke: 2,3%). Diese positive Entwicklung ist das Resultat harter Arbeit und eines intensiven Wahlkampfes, der von den Wahlkämpferinnen und -kämpfern engagiert umgesetzt wurde. Die CDU in Oberhausen hat auf Themen gesetzt, die den Bürgerinnen und Bürgern besonders am Herzen liegen: Mit Schwerpunkten auf Bildung, Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung konnte die Partei punkten. Simone-Tatjana Stehr betonte als neue Kreisvorsitzende mehrfach die Notwendigkeit, realistische und positive Lösungen für die Herausforderungen der Zeit zu finden. „Sagen was wirklich ist!“ Diese Botschaft fand offensichtlich großen Anklang bei den Wählern.

„Wir sind stolz darauf, dass wir in Oberhausen so stark abschneiden konnten“, sagte Stehr nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse. „Das Vertrauen der Wähler zeigt, dass unsere Politik vor Ort geschätzt wird und wir auf dem richtigen Weg sind.“ Der Wahlerfolg motiviert die CDU in Oberhausen, sich weiterhin für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen und mit ihnen die Stadt positiv zu gestalten. Stehr und ihr Team bedanken sich bei allen, die diesen Erfolg möglich gemacht haben. „Wir werden auch in Zukunft Oberhausen engagiert weiter voranbringen und die Lebensqualität in unserer Stadt verbessern“, verspricht Stehr abschließend. „Im kommenden Jahr wartet eine Kommunal- und Bundestagswahl auf uns. Wir freuen uns auf die Herausforderungen und gehen jetzt gestärkt in diese Zeit!“



Simone-Tatjana Stehr
Foto: CDU Oberhausen



Interview

Mit Power und Plan: Neue CDU-Chefin im Interview

Redaktion: Frau Stehr, Sie haben sich erfolgreich für das Amt der CDU-Kreisvorsitzenden in Oberhausen beworben. Was hat Sie motiviert?

Simone-Tatjana Stehr: Meine Leidenschaft für die Stadt und für ihre Menschen. Ich möchte Zukunft gestalten, Brücken bauen, Sichtweisen aufbrechen. Das gelingt immer etwas besser, wenn man auch bereit ist, Verantwortung zu übernehmen.

Redaktion: In Ihrer Bewerbungsrede haben Sie betont, dass Krisen eine Art Normalzustand darstellen. Wie gehen Sie mit dieser Erkenntnis politisch um?

Stehr: Ich lasse mich nicht von Krisen treiben und halte es für wichtig, den Blick nach vorne zu richten. Wann immer es passt, denke ich in Möglichkeiten und wähle die bessere als Perspektive, für die ich dann auch werbe. Eine gute Balance zwischen der Realität und Optimismus ist hilfreich.

Redaktion: Neben Ihren Kernthemen Sicherheit, Bildung und Wirtschaft widmen Sie sich auch vermeintlich grünen Themen. Nachhaltigkeit und Umweltschutz stehen auf Ihrer Agenda. Wie wollen Sie diese Themen vorantreiben?

Stehr: Ich habe schon in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass ich mir keine Lösungen vorstellen kann, die diesen Anspruch nicht im Blick haben. Wichtig ist mir dabei eine Ausgewogenheit. Auch hier gilt für mich, Realitäten wahrzunehmen. Umwelt, Wirtschaft, Sicherheit etc. sind für mich keine konkurrierenden Größen.

Redaktion: Sie kritisieren offen die Sozialpolitik der Ampel?

Stehr: Das tue ich! Das Ampel-Bürgergeld führt in unserer so auf Gerechtigkeit bedachten Gesellschaft zu einer ungerechten Umverteilung. Leistungsträger müssen unverhältnismäßig ausgleichen, was Arbeitsunwillige der Gesellschaft und dem Sozialsystem zumuten. Deutlich unterstreiche ich dabei, dass ich nicht von jenen spreche, die arbeitsunfähig sind. Unser Sozialstaat ist eine wichtige Errungenschaft. Er gerät nur in eine Schieflage, die den inneren Frieden unserer Gesellschaft bedroht. Wir brauchen mehr Anreizstrukturen und weniger Versorgungsmentalität.

Redaktion: Sie erwähnen auch die Bedeutung einer Debattenkultur und das Ansprechen unbequemer Wahrheiten. Wie wollen Sie das fördern?

Stehr: Ich bin der Überzeugung, dass wir einen neuen Diskurs über Zumutbarkeiten in unserer Gesellschaft brauchen. Wir müssen dafür werben,

die Wahrheit auszuhalten und mit ihr umzugehen. Daran muss sich aus meiner Sicht auch Politik orientieren. Selbstverständlich sind wir in der Politik darauf angewiesen, dass uns die Menschen wählen. Es ist aber auch unsere Aufgabe, deutlich zu machen, wenn Interessen nicht kompatibel sind. Politik darf nicht vorgaukeln, dass ein und dasselbe Problem für alle gleichermaßen zufriedenstellend gelöst werden kann.

Redaktion: Was meinen Sie damit?

Stehr: Nehmen sie beispielsweise die Flüchtlingskrise: Hilfe für jene, die sie brauchen, ist für mich oberstes Gebot. Um diesen Anspruch aber aufrechterhalten zu können, muss man auch klar machen, wo die Belastungsgrenze einer Volkswirtschaft ist. Das will nicht jeder hören und es fällt angesichts brisanter Stimmungen in der Gesellschaft auch nicht leicht, das deutlich zu sagen. Es ist aber schlicht die Wahrheit. Wenn sich die politische Mitte dieser ehrlichen Diskussion verweigert, stärkt das die Ränder.

Redaktion: Abschließend, welche Perspektive haben Sie für die Zukunft der CDU in Oberhausen?

Stehr: Ich möchte sie zur stärksten politischen Kraft in Oberhausen machen. Moderne und wertebasierte Politik miteinander verbinden, flexibel und gleichzeitig stabil sein. Ich möchte, dass wir eine „Volkspartei“ bleiben, die authentisch ist. Das Wohl einer Gesellschaft kann und darf sich nicht der Vielzahl individueller Befindlichkeiten unterordnen. So verlieren am Ende alle ihren Kompass, der die Zukunft sichert.



Erfolgreiche Neuwahl beim Kreisparteitag der CDU. Zum Abschied erhielt Hausmann eine Eiche als Geschenk für seinen Einsatz. Weitere Informationen zum Kreisparteitag erhalten Sie unter:



Hausmann nach 21 Jahren als Parteichef verabschiedet

Auf dem Parteitag der Oberhausener CDU wurde in der Parteispitze der Staffeltab übergeben. Wilhelm Hausmann, der den Kreisverband seit 2003 führte, trat auf eigenen Wunsch nach 21 Jahren als Kreisvorsitzender nicht mehr an.

Seine Amtszeit war auf allen politischen Ebenen von Wechseln und Ereignissen geprägt: die Rot-Grüne Bundesregierung unter Kanzler Schröder, die Einführung der Agenda 2010 und auch die Neuwahlen 2005, die Angela Merkel zur Kanzlerin machten, erlebte Hausmann bereits in der Rolle als Parteivorsitzender. Während seiner Amtszeit musste er sich auch mit den kommunalen Folgen globaler Krisen, wie der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007, der Flüchtlingskrise, der Corona-Pandemie und dem russischen Angriff auf die Ukraine auseinandersetzen. Wilhelm Hausmann, der von 1994 bis 2012 auch als Stadtverordneter im Oberhausener Rat aktiv gewesen ist, hat das Profil der Oberhausender CDU geschärft und die Interessen vor Ort in einer Ruhrgebietsstadt auch als Landtagsabgeordneter auf Landesebene vertreten. Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang ohne Zweifel, dass er von der CDU-Landtagsfraktion in seiner Zeit als Abgeordneter zum Baupolitischen Sprecher gewählt wurde und seine Expertise auch im Rahmen der Neufassung der



Wilhelm Hausmann, 2024

Landesbauordnung erbeten wurde. In Oberhausen zählt er selbst zu seinen größten politischen Erfolgen, dass mit ihm 2015 der Wechsel an der Stadtspitze gelungen ist und mit Daniel Schranz nach 60 Jahren wieder ein CDU-Oberbürgermeister ins Amt kam. Die WAZ sprach von „einem historischen Sieg“. Hausmanns Engagement und Einfluss erstreckten sich über die Stadtgrenzen hinaus. Diese Verbindungen und seine Fähigkeit, Oberhausen auf der politischen Landkarte zu positionieren, waren von besonderem Wert für die lokale CDU. Stets betonte er dabei, wie wichtig die Unterstützung seiner Familie für ihn gewesen ist, ohne die seine lange Amtszeit nicht möglich gewesen wäre. Wilhelm Hausmann hat in den vergangenen 21 Jahren maßgeblich dazu beigetragen, die CDU in Oberhausen zu formen. Er hat gestaltet und vorangetrieben, geplant und umgesetzt, hinterfragt und kommentiert. Mit seinem Engagement, seiner strategischen Weitsicht und seiner Fähigkeit, auch unter Druck die Ruhe zu bewahren, gehört sein Vorsitz zu einer wichtigen Ära der Oberhausener CDU. Hausmann ist und bleibt aber ein politischer Mensch und wird dem politischen Geschehen nicht den Rücken kehren.

Impressum

Herausgeberin: CDU Oberhausen
(Seiten 1, 2, 3, 6)
Gewerkschaftsstr. 47–49
46045 Oberhausen
Telefon: 0208 200948
E-Mail: klartext@cdu-oberhausen.de
www.cdu-oberhausen.de
V.i.S.d.P.: Simone-Tatjana Stehr
Redaktion: Christian Benter
Gestaltung: Freunde & Ernst, Essen

So geht Energiewende: Oberhausen wird mit Abwasser heizen

Oberhausen unternimmt weiteren Schritt Richtung Klimaneutralität. Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt hat erfolgreich angeregt, dass die Nutzung von Abwasserwärme zukünftig in der städtischen Wärmeplanung vorgesehen wird. Die Idee, Wärme aus Abwasser zu gewinnen, ist nicht neu. Sie hat sich bereits in anderen Städten bewährt, so werden beispielsweise in Bochum und Dortmund Abwasserwärmeanlagen erfolgreich betrieben. Die Anlagen entziehen dem Abwasser Wärme und nutzen sie zur Beheizung von Gebäuden.

Auch die Oberhausener CDU sieht in der Nutzung von Abwasserwärme großes Potenzial für die Stadt. „Die Nutzung von Abwasserwärme

ist eine hervorragende Möglichkeit, um eine effiziente und nachhaltige Wärmeversorgung zu gewährleisten. Uns ist bewusst, dass wir so viele Optionen wie

möglich ausschöpfen müssen, um unsere Klimaziele zu erreichen. Diese Initiative ist eine der Möglichkeiten“, erklärt Frank Bandel, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Der Umweltausschuss der Stadt hat der CDU zugestimmt, sodass nun zügig die Integration dieser Technologie in die kommunale Wärmeplanung geprüft wird. Besonders geeignet für die Nutzung von Abwasserwärme sind große



Foto: EGLV/Klaus Baumers

Abnehmer wie Schwimmbäder, öffentliche Verwaltungen, Krankenhäuser und große Wohn- und Gewerbegebiete. Die Emschergenossenschaft weist darauf hin, dass die Wirtschaftlichkeit solcher Anlagen mit dem Energiebedarf steigt. Um das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, wird für alle Städte in Deutschland eine kommunale Wärmeplanung verpflichtend. Aus diesem Grund hat sich die CDU-Fraktion vorausschauend auf den Weg gemacht. Nicht zuletzt in der Hoffnung, dass die Stadt auch Fördergelder abrufen und rechtzeitig nutzen kann. Wichtig ist den Christdemokraten auch, ein deutliches Zeichen für eine zukunftsorientierte und umweltfreundliche Stadtentwicklung zu setzen. „Wir müssen jetzt handeln, um später nicht hinterherzuhinken“, bekräftigt Fraktionschefin Simone-Tatjana Stehr. „Wir schreiben uns den Umweltschutz nicht nur auf unsere Fahnen, wir sind immer auch auf der Suche nach ganz konkreten Maßnahmen, mit denen wir ihn umsetzen können.“

Sozialpolitik

Schluss mit dem Bürgergeld(chaos) der Ampel!

Das Bürgergeld verfehlt das Ziel, Anreize zur Aufnahme von Arbeit zu setzen. Foto: Uwe Ernst

Während die Diskussionen über das Bürgergeld und die Zukunft des Sozialstaats anhalten, bezieht die CDU-Fraktion in Oberhausen klar Stellung

Die CDU-Fraktion Oberhausen unterstützt die Vorschläge der Bundes-CDU zur Einführung einer neuen Grundversicherung, die den wirklich Bedürftigen zugutekommt. Dabei gelte die Richtschnur: „Wer arbeiten kann, müsse auch arbeiten gehen“. Finn Rubin, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, äußert sich entschieden zum Bürgergeld: „Das Bürgergeld verfehlt das Ziel, Anreize zur Aufnahme von Arbeit zu setzen. Damit beschädigt es unseren Sozialstaat ebenso nachhaltig wie unsere Wirtschaft.“ Rubins Haltung unterstreicht die Notwendigkeit einer Neuausrichtung.

„Unsere Gesellschaft muss sich verstärkt den Menschen widmen, die leisten wollen“, betont Rubin. „Wir müssen Anreize schaffen, die Mehrarbeit lohnenswert machen und denjenigen zugutekommen, die sie geleistet haben.“ Auch der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Benter, kritisiert das 2023 eingeführte Bürgergeld scharf: „Es braucht eine klare Kurskorrektur. Nicht zuletzt, weil gleichzeitig in fast sämtlichen Bereichen Arbeitskräfte fehlen.“

Benter warnt davor, dass Arbeitsfähige von einem faktisch bedingungslosen Grundeinkommen dauerhaft gut versorgt werden. Außerdem, so Benter weiter, sei es fragwürdig, dass eine zumutbare und angemessene Arbeitsmöglichkeit verweigert werden könne, ohne mit Konsequenzen rechnen zu müssen. Benter begrüßt die Vorschläge der Bundes-CDU, die eine konsequente Sanktionierung von nicht wahrgenommenen Vorstellungsterminen und der Ablehnung von Arbeitsstellen vorsehen.

„Unsere Gesellschaft muss sich verstärkt den Menschen widmen, die leisten wollen.“

Finn Rubin

Als sinnvoll bewertet die CDU-Fraktion in Oberhausen die geplante Sperrzeit für Bürgergeldempfänger, die zumutbare Arbeit über einen Zeitraum von drei Monaten hinaus verweigern. Dieser Schritt, so Finn Rubin, sei ein wichtiges Signal, um das Prinzip des Förderns und Forderns wieder zu stärken und die Aufnahme von Arbeit zu



Finn Rubin

forcieren. Die Oberhausener CDU-Fraktion macht deutlich, dass sie für eine Reform des Systems ist. Da aber eine solche Reform aus Sicht der Christdemokraten nicht zu erwarten sei, weil sie sich mit ihrem Kurs zufrieden zeigt, müsse man auf den Wechsel durch die Bundestagswahl im nächsten Jahr setzen.

Die CDU setzt sich für weniger Belastungen und mehr Freiheit für die arbeitende Bevölkerung ein. „Steuern und Abgaben dürfen keine erdrosselnde Wirkung haben“, betont Benter. Zudem sei es ein Gebot des gesunden Menschenverstands und der Gerechtigkeit, dass sich niemand dauerhaft auf anderer Leute Arbeit ausruhen dürfe. Auch kein Sozialdemokrat könne dies ernsthaft wollen. Die Vorschläge der Union zur Abschaffung des Bürgergeldes verfolgen das Ziel, sich wieder auf das Wesen des Sozialstaates zu besinnen, dessen Ursprungsidee aus Sicht der CDU-Fraktion für eine funktionierende Gesellschaft einen besonderen Wert darstellt.

Wildwuchs-Alarm löst Grünpflege-Offensive aus

Erhalt und Erscheinungsbild der Burg Vondern sind wichtig und wertvoll

Diesem Anspruch folgend, hat sich die CDU-Fraktion nach Informationsgesprächen mit dem Vorsitzenden des Förderkreises der Burg, Walter Paßgang, auf den Weg gemacht und erfolgreich eine Offensive zur Grünpflege angestoßen. Schließlich gilt die Burg Vondern als bedeutendes historisches Wahrzeichen für Oberhausen und bietet neben Events wie Konzerten, Burgführungen und Ritterfesten auch ausreichend Raum, der für Veranstaltungen gemietet werden kann. Das Erscheinungsbild der Burg und ihr Erhalt sollten nicht zuletzt deshalb, ein besonderes Anliegen sein. In letzter Zeit wird aber zunehmend sichtbar, dass stark wuchernder Wildwuchs den Anspruch beeinträchtigt und inzwischen dringend aktives Handeln erfordert. Die CDU-Bezirksvertretung

Osterfeld hat nun Fakten geschaffen und sich für ein nachhaltiges und ausgewogenes Pflegekonzept eingesetzt. Ziel dabei ist es, invasive Pflanzenar-



Breits im 13. Jahrhundert wurde die Burg Vondern erstmals urkundlich erwähnt. 1947 ist sie in den Besitz der Stadt Oberhausen gegangen und 1984 dann als Wahrzeichen in die Trägerschaft des Förderkreises Burg Vondern e.V.

ten einzudämmen und den wertvollen Lebensraum der heimischen Flora und Fauna zu schützen.

„Neben den ästhetischen Gründen ist die Pflege der Burg und ihrer Umgebung aber auch aus ökologischer Sicht wichtig“, betont Hermann Wischermann, Chef der CDU-Bezirksvertretung in Osterfeld. „Ein sorgfältig erarbeitetes Pflegekonzept kann dazu beitragen, die Artenvielfalt zu bewahren und die historische Strahlkraft der Burg zu sichern. Das ist wichtig für unser Osterfeld, wichtig für unsere Stadt.“

Die Entwicklung und Umsetzung eines solchen Konzepts wird nicht nur das Erscheinungsbild der Burg Vondern verbessern, sondern auch die historische und kulturelle Bedeutung dieses wichtigen Denkmals für Oberhausen bewahren.



Das Kölner Architekturbüro gernot schulz : architektur hat den Multifunktionskomplex entworfen. Die Servicebetriebe Oberhausen rechnen damit, dass er 2025 eröffnet werden kann.

Visualisierung: gernot schulz : architektur GmbH

19 Millionen Euro investiert die Stadt Oberhausen in eine neue Stadtteilbibliothek, ein neues Jugendzentrum und eine neue Veranstaltungshalle in Osterfeld: Der Multifunktionskomplex werde die ganze Stadt bereichern, sagt Oberbürgermeister Daniel Schranz

Oberbürgermeister Daniel Schranz und Ministerin Ina Scharrenbach beim Richtfest des Neubaus im Juni.
Foto: Stadt Oberhausen / Tom Thöne

Es ist das derzeit größte städtische Bauprojekt, und es ist ein großer Wurf – das ist schon zu erkennen: In Osterfeld entstehen drei Bauten mit mindestens vier Funktionen in einem Komplex, dem Multifunktionskomplex. „Wir investieren hier rund 19 Millionen Euro in dieses Leuchtturm-Projekt, und ich bin sicher, dass es diesen Stadtteil, ja die ganze Stadt bereichern wird“, sagt Oberbürgermeister Daniel Schranz beim Blick auf den mächtigen Rohbau an der Ecke Westfälische Straße/Heinestraße. Den Eindruck gewann auch Ministerin Ina Scharrenbach, in Ministerpräsident Hendrik Wüsts NRW-Regierung zuständig für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung. Aus ihrem Ministerium und vom Bund kommt die Förderung in Höhe von 13,7 Millionen Euro für das Stadterneuerungsprojekt „Sozialer Zusammenhalt Oberhausen Osterfeld“. Die Ministerin war Ende Juni zum Richtfest gekommen und verschaffte sich einen Eindruck vom Bau-

fortschritt. „Wir haben die Fachleute überzeugen können: Davon, dass Osterfeld diese städtebauliche Unterstützung brauchen kann, aber auch davon, dass es sich lohnt, hier groß zu denken – groß und schön“, sagt Schranz und deutet auf die Bilder, die zeigen, wie der Gebäudekomplex aussehen wird, wenn er fertig ist: Dann werden die Klinker vor den Betonwänden gut zu den Backsteinbauten der Oberhausener Architekturgeschichte passen – eben auch dem Altbau der Gesamtschule Osterfeld, an die das Ensemble andockt. Dann werden die Fenster im Erdgeschoss der Stadtteilbibliothek den Blick und sicher auch die Menschen nach drinnen einladen, in diese Bücherei, die sich nicht hinter einer Zentralbibliothek wird verstecken müssen. An den dreistöckigen Bau – unter anderem mit einer monumentalen „Lesetreppe“ durch alle Geschosse, auf der es sich die Besucherinnen und Besucher mit Büchern, Zeitungen oder digitalen Geräten gemütlich machen können und mit einem „Makerspace“, also

einem Raum, in dem Dinge gefertigt werden – schließt sich das einstöckige neue Jugendzentrum an, mit einem Atrium und einem Veranstaltungsraum. Zwischen diesen beiden Gebäudeteilen und der Schule entsteht als verbindendes Element das Forum Osterfeld. „Damit bekommt Oberhausens größte Schule eine neue Aula“, sagt Oberbürgermeister Schranz, „aber gleichzeitig bekommt Osterfeld auch eine neue Veranstaltungshalle, denn das Forum soll ja auch Ort für Veranstaltungen von Vereinen und Gruppen sein.“ Er sei sich sicher, fügt Schranz an, dass diese Orte Osterfeld noch stärker bereichern werden, als man bei der Entwicklung der Idee zu hoffen gewagt habe. Denn: „Wir schaffen hier Orte der Begegnung, die in Zeiten zunehmender Polarisierung wie auch in Zeiten zunehmender Einsamkeit großen Wert haben“, sagt Schranz. Und weiter: „Wir schaffen hier Raum für Bildung, für Kultur, für Integration und nicht zuletzt für Freude. Wir schaffen Raum für Inhalte und Werte, die uns in Oberhausen

wichtig sind und die für unsere Gesellschaft überlebenswichtig sind.“ Ein Riesen-Schritt bei der Stadterneuerung in Osterfeld – das sehen eben auch die Fachleute bei der Landesregierung so. Ministerin Scharrenbach: „Um Zukunft nachhaltig und richtungsweisend gestalten zu können, unterstützen wir mit der Städtebauförderung den Mut und die Kreativität in unseren Städten und Gemeinden. Deshalb fördern Bund und Land das Projekt mit rund 13,7 Millionen Euro!“ Apropos nachhaltig: Der Bau bekommt ein Gründach und eine Photovoltaik-Anlage. Mit dem selbst erzeugten Strom können pro Jahr rund 12,7 Tonnen CO2 eingespart werden. Ein dreifacher Gewinn, sagt Oberbürgermeister Schranz: „Mit unserer Entscheidung, die neuen Gebäude mit Photovoltaikanlagen und Gründächern zu planen, sparen wir Energiekosten, verbessern das Mikroklima an der Gesamtschule Osterfeld und im Quartier und verbessern auch die Klimaresilienz unserer Stadt.“

Oberbürgermeister begrüßt 200 Gäste im Metronom Theater

Beim 2. Wirtschaftsempfang dankte Oberbürgermeister Daniel Schranz Unternehmen für ihr Engagement in unserer Stadt: „Sie wirken mit am wirtschaftlichen Erfolg Oberhausens!“

Es ist noch gar nicht wieder geöffnet – und doch kamen rund 200 Gäste: Oberbürgermeister Daniel Schranz hatte zusammen mit der OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH zum 2. Oberhausener Wirtschaftsempfang ins Metronom Theater eingeladen. Die Gäste aus Wirtschaft und Wissenschaft, aus Politik und Verwaltung kamen gern in der Neuen Mitte zusammen, um sich auszutauschen, zu vernetzen, zu unterhalten – und um sogar einen Blick hinter die Kulissen des Hauses zu erhaschen. Im Frühjahr hat der renommierte Konzertveranstalter Semmel Concerts

das Metronom Theater in der Neuen Mitte übernommen. Nun arbeitet das Unternehmen mit Hochdruck daran, ab November wieder musikalische Unterhaltung auf die Bühne zu bringen. Doch zunächst standen im Musical-Haus die Dynamik des Wirtschaftsstandortes Oberhausen und Investitionen im Vordergrund. Oberbürgermeister Schranz bedankte sich für das Engagement der Unternehmen in Oberhausen. Er verwies beispielhaft auch auf die Firma Trane, die gerade ihre Deutschlandzentrale im Gewerbegebiet Eisenhammer eröffnet hat – eine Investition von 16 Millionen Euro.

„Trane und Semmel Concerts stehen beispielhaft für die vielen Unternehmen, die durch ihre Investitionen am wirtschaftlichen Erfolg Oberhausens mitwirken, die unsere Stadt voranbringen: Für dieses Engagement bin ich dankbar“, sagte Schranz. Ohne sie sei auch der aktuelle Beschäftigungsrekord nicht denkbar, betonte der Oberbürgermeister: „Nach den jüngsten Zahlen sind über 72.000 Menschen in Oberhausen sozialversicherungspflichtig beschäftigt – so viele wie seit Anfang der 1980er Jahre nicht mehr. Allein in den vergangenen fünf Jahren sind im Durchschnitt jährlich 1.000 neue Jobs in

Oberhausen entstanden.“ Das Engagement gehe jedoch noch darüber hinaus, betonte Schranz. Er bedankte sich bei den zahlreichen Unternehmen, die im Kontext der Europawahl Flagge für Europa gezeigt und für die Demokratie mobilisiert haben. Dass Verlässlichkeit und politische Entscheidungen auch heute wichtig bleiben, machte der Oberbürgermeister an einem Serviceversprechen der Stadt Oberhausen deutlich, das der Rat der Stadt im Mai mit großer Mehrheit beschlossen hat. Das Versprechen steht für mehr Transparenz, Geschwindigkeit und mehr Service für die heimische Wirtschaft.

Stadtentwicklung

Wie eine Brache zum neuen Stadtteil wird



So kann das neue Quartier zukünftig aussehen. Foto: Stadt Oberhausen

Die Stadt Oberhausen steht vor einer neuen spannenden Entwicklung: Das ehemalige Zechengelände in Sterkrade wird überplant und in ein modernes Wohngebiet umgewandelt. Dieser Schritt markiert einen bedeutenden Schritt in der Stadtentwicklung und bietet zahlreiche Chancen für die Zukunft unserer Stadt. Eine Leuchtturm-Entwicklung mit Strahlkraft für das ganze Ruhrgebiet!



Ein neues Kapitel für das Zechengelände

Die Pläne sehen vor, auf dem brachliegenden Gelände der Zeche Sterkrade Wohnungen, Häuser und auch Gewerbe zu entwickeln. Damit wird eine einmalige Gelegenheit ergriffen, um dringend benötigten Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig das Stadtbild zu revitalisieren. Hervorzuheben ist, dass das Projekt neben Wohngebäuden, eine vielfältige Infrastruktur mit Grünflächen, Spielplätzen und Begegnungsstätten bereithält, die das Quartier lebendig und attraktiv gestalten werden.

„Dieses Bauvorhaben ist ein großer Wurf für unsere Stadt. Es verbindet Wohnkomfort und Gewerbe mit nachhaltiger Stadtentwicklung und bringt neuen Schwung nach Sterkrade.“ Simone-Tatjana Stehr, Fraktionsvorsitzende

Wohnraum für alle Generationen

Ziel ist es, auf dem Zechengelände Wohnraum für alle Generationen anzubieten. Geplant sind dabei ebenso moderne Mietwohnungen wie Eigentumswohnungen, die für Familien, Singles und Senioren geeignet sind und auf deren Lebenssituationen konkrete Antworten geben. Dass in diesem Zusammenhang auch barrierefreie Wohnungen vorgesehen sind, um älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen ein komfortables Leben zu ermöglichen, ist aus Sicht der Stadtverwaltung eine Selbstverständlichkeit.

„Wir freuen uns auf ein lebendiges Viertel, das vielen Menschen ein neues Zuhause bieten wird. Ein Gewinn für ganz Oberhausen.“ Holger Ingendoh, CDU-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksvertretung Sterkrade

Nachhaltigkeit im Fokus

Die neuen Wohngebäude werden nach modernsten ökologischen Standards errichtet. Dazu gehören eine energieeffiziente Bauweise, die Nutzung erneuerbarer Energien und die Integration von Grünflächen, die das Mikroklima verbessern und Lebensräume für Pflanzen und Tiere bieten. Nachhaltigkeit ist sozusagen eine der Herzkammern des Projektes.

Eine Aufwertung für Sterkrade

Es ist davon auszugehen, dass die geplanten Neubauten das Stadtbild positiv verändern und neue Impulse für Handel und Gewerbe setzen. So wird Sterkrade zu einem noch attraktiveren Ort zum Leben und Arbeiten und die Entwicklung des Zechengeländes wird neue Maßstäbe für die Lebensqualität in Oberhausen setzen. Die Oberhausener Christdemokraten setzen sich für eine zügige Umsetzung des Projekts ein. Für sie ist die Gesamtplanung auf dem ehemaligen Zechengelände ein Meilenstein für Oberhausen, mit dem die Stadt einen deutlichen Mehrwert erhält.

„Das Zechengelände Sterkrade wird zu einem Symbol für den Wandel und die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt – ein Projekt, das mit der Landmarke des ehemaligen Förderturms, Tradition und Moderne erfolgreich verbindet.“ Denis Osmann, stellv. Fraktionsvorsitzender und planungspolitischer Sprecher



„Wir werden einen transparenten und öffentlichkeitswirksamen Prozess gestalten, in dem alle Belange, wie z.B. die der Umwelt und des Wohnraumbedarfs, gleichermaßen

Berücksichtigung finden werden. Am Ende des Prozesses wird es einen weitestgehenden Kompromiss aller Interessen geben müssen.“

Thomas Palotz, Dezernent für Bauen und Umwelt der Stadt Oberhausen

Weitere Informationen zu den Planungen und Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung finden Sie ab August hier:



Die Christdemokraten haben sich schon vor einiger Zeit über ein teilautomatisiertes Videoanalysesystem informiert, das in Mannheim erfolgreich zum Einsatz kommt und dort die Arbeit der Polizei zielführend unterstützt. Dieses System, das in Zusammenarbeit mit der Universität Heidelberg entwickelt wurde, nutzt an über 30 Standorten in der Stadt Kameras, die keine Klarbilder zeigen und dadurch Sicherheit bieten, ohne die Persönlichkeitsrechte der Menschen zu verletzen. Erst wenn abweichende Bewegungsabläufe registriert werden, wird ein Klarbild aktiviert. Schon jetzt sagen laut einer Befragung der Stadt Mannheim und der Universität Heidelberg 58 Prozent der Mannheimer Bürgerinnen und Bürger, dass sie sich durch diese Maßnahme spürbar sicherer fühlen.

Die Lage in Oberhausen

Es seien nicht zuletzt die aktuellen Vorfälle in Oberhausen durch die sich die CDU vor Ort bestärkt fühlt, weiter aktiv Videosysteme im öffentlichen Raum zu fordern. Erst zu Beginn des Jahres wurde eine schreckliche Gewalttat am Oberhausener Hauptbahnhof begangen, bei der zwei junge Menschen aus der Ukraine ihr Leben verloren. „Wir müssen den Anspruch haben, derart schreckliche Übergriffe zu verhindern“, erklärt der ordnungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Bandel. „Eine intelligente Videobeobachtung, wie sie in Mannheim zum Einsatz kommt, bietet die Chance, eben solche Taten zu verfolgen, aufzuklären und es im besten Falle von vornherein erst gar nicht dazu kommen zu lassen.“ Die CDU-Ratsfraktionschefin Simone-Tatjana Stehr unterstreicht diesen Anspruch: „Auch die brutalen Angriffe Jugendlicher untereinander am Hauptbahnhof mit tödlichem Ausgang haben uns schwer erschüttert. Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung sind unsere Kernthemen. Sie bieten die wesentliche Grundlage für ein friedliches Zusammenleben. Also für ein angstfreies, verantwortliches Miteinander in unserer Stadt.“ Die CDU-Fraktion zögerte daher nicht, vom Rat der Stadt grünes Licht für die Installation intelligenter Videobeobachtung am Bahnhofsvor-

platz zu fordern. Nachdem SPD und FDP die Brisanz des Themas Sicherheit im öffentlichen Raum ebenfalls für sich erkannten, führten Debatten zu einer gemeinsamen Initiative zur Videoüberwachung in Oberhausener Schulen und Kindertageseinrichtungen (KITAs). Beides Einrichtungen, die seit Beginn des Jahres vermehrt Ziel von Einbrüchen, Vandalismus und sogar Brandstiftung mit weitreichenden Folgen geworden sind. Stehr betont:

„Die Einbrüche, Vandalismusschäden und Brandstiftungen sind ein ernstes Problem, das nicht nur materiellen Schaden verursacht, sondern auch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger, besonders aber der Kinder beeinträchtigt. Videoüberwachung kann ein wirksames Mittel sein, um diese Taten zu verhindern und Täter zu identifizieren. Wir wollen, dass alle verfügbaren Maßnahmen ergriffen werden, um unsere Schulen und KITAs zu schützen

und allen Beteiligten Sicherheit zu bieten.“ „Marodierende Jugendliche sind nichts, was unsere Stadtverwaltung und was auch wir als CDU-Fraktion akzeptieren werden“, bekräftigt Frank Bandel. „Sollten sich die ersten Hinweise bestätigen, dass Kinder und Jugendliche Straftaten begangen haben, müssen wir mit allen Instrumenten des Rechtsstaates dagegen vorgehen. Unser Rechtsstaat muss in diesem Punkt wehrhaft sein.“

CDU warnt: Cannabis-Legalisierung gefährdet die Sicherheit in Oberhausen

Die Einführung des neuen Cannabisgesetzes der Ampel-Regierung sorgt in den Kommunen für zahlreiche Probleme, deren ganzes Ausmaß noch nicht absehbar ist

Werner Nakot, sicherheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, äußert sich kritisch: „Cannabis bei uns zu legalisieren, halte ich grundsätzlich für falsch. Mediziner warnen vor Schädigung junger Gehirne, und es gibt rechtlich große Herausforderungen. Ob es auch die von der Ampel erhoffte Entlastung für das Justizsystem gibt, bezweifle ich. Außerdem was ist das für ein Ansatz? Legalisieren wir jetzt zukünftig einfach alle Straftaten, damit sich unser Justizsystem nicht mehr damit beschäftigen muss?“ Ein großes Problem sieht die CDU in der unzureichenden Vorbereitung und in den fehlenden Zuständigkeiten bei der Umsetzung des Gesetzes. Belastbarkeit im Sinne von Seriosität fehlt an allen Ecken und Enden!



Werner Nakot

„Das neue Gesetz sieht vor, dass der Cannabis-Konsum in unmittelbarer Nähe von Minderjährigen an öffentlichen Orten verboten ist“, so der ordnungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Bandel. „Ferner ist das Mitführen von mehr als 30 Gramm anzuzeigen, und der Handel und die Weitergabe an Kinder und Jugendliche bleibt ein Straftatbestand. Ich frage mich, wie und wer diese Vorgaben kontrollieren soll? Woher kommt das Personal für Stadt und Polizei? Müssen wir demnächst die Leute mit Briefwaagen losschicken? Das ist doch Wahnsinn. Das ist nicht zu Ende gedacht, oder eben genauso beabsichtigt.“ Auch der CDU-Innenminister von NRW, Herbert Reul, äußerte seine Sicht in aller Deutlichkeit: „Ich habe keine Lust, meine Polizisten mit so einem Scheiß zu beschäftigen.“ „Aktuell gibt es zahlreiche Probleme: schlechte Wirtschaftslage, Herausforderungen mit der Inte-

gration von Geflüchteten, Bedrohung durch Kriege und ihre Folgen, Aufbau unseres Zivilschutzes. Dass wir uns in diesen Zeiten nun auch noch ohne Not mit irren Wahlversprechen der Bundesregierung auseinandersetzen müssen, ist schwer erträglich“, betont Nakot.

Schwer erträgliches Politikverständnis der Ampel

Wie so häufig, lässt der Bund die Kommunen aber auch bei diesem Thema im Stich: „Erneut wird das Konnexitätsprinzip – wer bestellt, bezahlt – mit Füßen getreten“, beklagt Bandel. „Wenn der Bund Cannabis legalisiert und es in einem bürokratischen Monstrum regelt, dann soll er bitte auch dafür sorgen, dass auf lokaler Ebene vom notwendigen Personal bis zur Finanzierung alles parat ist. Nicht nur dieser Tropfen bringt das Fass zum Überlaufen.“



Es fehlt dem Cannabisgesetz an allen Ecken und Enden.

Foto: Adobe Stock



Polizeipräsidium Mannheim: So überwacht die Polizei öffentliche Plätze in Mannheim Foto: DPA

Die CDU-Fraktion in Oberhausen setzt sich konsequent für die Einführung intelligenter Videobeobachtungssysteme ein, um ihr Ziel, die Sicherheit in der Stadt zu erhöhen, weiter zu verfolgen

Die CDU-Ratsfraktion

- 

Simone-Tatjana Stehr
Fraktionsvorsitzende
Schwarze Heide
stehr@cdu-oberhausen.de
- 

Gundula Hausmann-Peters
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Borbeck
hausmann-peters@cdu-oberhausen.de
- 

Denis Osmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sterkrade-Mitte-Nord
osmann@cdu-oberhausen.de
- 

Robert Babic
Osterfeld-Mitte
babic@cdu-oberhausen.de
- 

Frank Bandel
Königshardt
bandel@cdu-oberhausen.de
- 

Helmut Bennewa
Sterkrader Heide
bennewa@cdu-oberhausen.de
- 

Christian Benter
Schlad
benter@cdu-oberhausen.de
- 

Klaus-Dieter Broß
Holten
bross@cdu-oberhausen.de
- 

Karin Dubbert
Alstaden-Ost
dubbert@cdu-oberhausen.de
- 

Chris Höppner
Brücktor
hoeppner@cdu-oberhausen.de
- 

Holger Ingendoh
Schmachtendorf
ingendoh@cdu-oberhausen.de
- 

Eugen Lenz
Stadtmitte-Süd
lenz@cdu-oberhausen.de
- 

Werner Nakot
Erster Bürgermeister
Vennepoth
nakot@cdu-oberhausen.de
- 

Dirk Rubin
Sterkrade-Nord
rubin@cdu-oberhausen.de
- 

Georgis Schmidt
Stadtmitte-Nord
schmidt@cdu-oberhausen.de
- 

Saadettin Tüzün
Sterkrade-Mitte-Süd
tuezuen@cdu-oberhausen.de
- 

Andreas Völker
Styrum
voelker@cdu-oberhausen.de
- 

Ulrike Willing-Spielmann
Alsfeld
willing-spielmann@cdu-oberhausen.de
- 

Marita Wolter
Rothebusch
wolter@cdu-oberhausen.de

Impressum

CDU-Fraktion im Rat der Stadt
Oberhausen (Seiten 4,5,7,8)
Rathaus, Raum 256
Schwartzstr. 72
46045 Oberhausen
Telefon: 0208 825-2135/-2719
E-Mail: fraktion@cdu-oberhausen.de
V.i.S.d.P.: Simone-Tatjana Stehr
Redaktion: Tobias Henrix
Gestaltung: Freunde & Ernst, Essen

Drei Fragen an

Lars Henrik Gass

Dr. Lars Henrik Gass ist Leiter der Internationalen Kurzfilmtage. Nach den terroristischen Angriffen vom 07. Oktober drückte er seine Solidarität mit Israel aus und wurde danach aus der kulturschaffenden Szene angefeindet

Herr Dr. Gass, man hat den Eindruck, dass besonders die linke kulturschaffende Szene immer deutlicher offen antisemitisch agiert. Das wurde nicht zuletzt auf der Documenta 2022 und an der von Ihnen losgelösten Debatte zum 07. Oktober 2023 deutlich. Sehen Sie hier eine gefährliche Entwicklung?

Das ist keineswegs nur eine erschreckende Entwicklung im Bereich der durch postkoloniale Theorien beeinflussten Linken im Kulturbereich oder an Hochschulen, also inmitten der sog. „Kreativen Klasse“, sondern auch des Islamofaschismus, der sich hier Zustände wie im Iran wünscht, oder auch des Rechts-extremismus. Diese Ideologien stehen sich durch den Antisemitismus näher, als man bis zum 7. Oktober annahm. Bildung schützt nicht vor Ideologie, ganz im Gegenteil. Das sog. „Palästinensertuch“ wird z.B. von allen diesen Leuten gleichermaßen als Symbol getragen. Diese Leute sind auch in ihrem sehr undemokratischen Verständnis von Politik vereint und verwenden ziemlich repressive und regressive, ja regelrecht zerstörerische Mittel beim Versuch, ihre politischen Ziele durchzusetzen. Da geht es in erster Linie um Einschüchterung, nicht um Dialog oder Aushandlung. Ich betrachte das eher als Gewalt und Terror. Viele Leute weichen davor zurück; ich nicht, weil es für mich längst um die Grundsätze unserer Arbeit geht, also Aufklärung, Demokratie, Universalismus. Das Beispiel Documenta zeigt sehr deutlich, dass Antisemitismus und Israelfeindschaft schon der vollkommen normalisierte Zustand im Kunstbetrieb sind. Dabei ist die schauerliche NS-Ikonographie das eine, die rituelle Vergemeinschaftung, die dazu dient, die Reihen zu schließen, das andere.

In ihrem zumindest israelbezogenen Antisemitismus scheinen sich die linken und rechten Ränder sehr einig zu sein. Was muss die Mitte der Gesellschaft nun dringend leisten?

Appelle an die Erinnerungskultur blieben wirkungslos. Wir erleben gerade das Scheitern der Erinnerungskultur, ja von politischer Bildung selbst inmitten der Bildungselite. Das wird uns also nicht mehr weiterbringen. Ebenso wirkungslos blieben die großen Demons-

trationen gegen Rechts in den vergangenen Monaten. Sie haben, fürchte ich, sogar Trotzreaktionen ausgelöst, wie der Ausgang der Europawahl zeigte. Wir müssen an den Belohnungsstrukturen ansetzen, denke ich: Es darf sich nicht mehr lohnen, Antisemitismus und Israelfeindschaft als kulturellen Code zu reproduzieren, der gewissermaßen die Zugehörigkeit zu einem bestimmten gesellschaftlichen Milieu regelt. Mittlerweile ist es fast unmöglich geworden, in Kulturbetrieb und Geisteswissenschaften zu bestehen, ohne dieses Spiel mitzumachen. Und das durchkreuzt man leider nur über rigorose Verabredungen und Richtlinien, also über die Steuerung von Fördermitteln. Mit sog. „Weltoffenheit“ erreichen wir gar nichts. Der Aufschrei gegen die sog. „Antisemitismus-Klausel“ des Berliner CDU-Kultursekretärs war ja gerade deshalb so laut und so breit.

Werden sich die Kurzfilmtage durch die Debatten und Ereignisse der vergangenen Monate verändern müssen? Wenn ja, was wäre Ihnen diesbezüglich wichtig?

Uns wurde eine neue Rolle regelrecht aufgezwungen. Die aktuelle Entwicklung führt zu Vereindeutigungen, die ich bedauere und die auch in Widerspruch zu dem „Weg zum Nachbarn“ stehen, der diesem Festival und damit uns aufgetragen wurde. Im letzten Jahr haben wir hier noch ein Programm mit palästinensischen Filmen gezeigt. In diesem Jahr wäre das ein ziemlich primitives und auch falsches politisches Statement. Wir haben eine Menge Fachbesucher verloren, die uns boykottiert haben oder unter Druck gesetzt wurden, nicht teilzunehmen. Nun geht es darum, ein neues Publikum aufzubauen. Das ist möglich, wird aber auf jeden Fall zwei, drei Jahre Zeit beanspruchen.

Dr. Lars Henrik Gass

Foto: Lars Heidrich /
FUNKE Foto Service



Verborgene Schätze in alter Synagoge

In der ehemaligen Synagoge in Holten wurden bedeutende Relikte entdeckt

Gut erhaltene, besondere Wandmalereien, Bauteile der früheren Frauenempore bis hin zu einer Mikwe: Alleamt Zeitzeugen, die Einblicke in das jüdische Gemeindeleben vor seiner Zerstörung durch die Nationalsozialisten geben. Da die ehemalige Synagoge bereits vor der Reichspogromnacht 1938 in ein Wohnhaus umgewandelt wurde, wurde sie nicht zerstört. Das wiederum hat die seltenen Funde bis zum heutigen Tag geschützt. Ein großer Seltenheitswert: „Es gibt in Deutschland nur wenige Synagogen mit vergleichbar vielen erhaltenen Details“, betont ein Gutachten des Amtes für Denkmalpflege des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR). „Diese Funde sind von besonderem Wert für unsere Geschichte und für das kulturelle Erbe unserer Stadt“, zeigt sich Marita Wolter als kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion überzeugt. Jetzt soll die Synagoge zur wichtigen Kultur- und Erinnerungsstätte in Oberhausen werden. Die Renovierungsarbeiten dazu, die von Fachleuten des Denkmalschutzes eng begleitet durchge-

führt werden, sollen sicherstellen, dass diese wichtigen Zeugnisse der Vergangenheit bewahrt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. „Das ist wichtig für Oberhausen. Wir haben uns sehr über



Gefundener Schriftzug: „Liebe deinen Nächsten wie dich Selbst.“

Foto: Tom Thöne



Ausblick: Synagoge mit wiederhergestellter Fassade.

Foto: KVO Bauforschung

die Vorlage der städtischen Verwaltung gefreut und werden unseren politischen Beitrag leisten, damit das Projekt eine auskömmliche Finanzierung erhält“, so Wolter. Die stellv. Fraktionsvorsitzende und Pädagogin Gundula Hausmann-Peters ergänzt: „Wir müssen sicherstellen, dass diese Entdeckungen nicht nur gesichert, sondern auch in die Bildungsarbeit integriert werden. Sie bieten wertvolle Lernmöglichkeiten über die Geschichte und das kulturelle Erbe Oberhausens.“

Eine Verpflichtung gegenüber unserer Geschichte

Die CDU sieht in diesen Entdeckungen auch eine Verpflichtung, die Geschichte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Es ist besonders in diesen Zeiten wichtig, dass dieser Ort zu einem lebendigen Teil unseres Stadtlebens wird, ebenso, dass die jüngere Generation versteht, welche Geschichte auch unsere Stadt prägt. „Nur durch gemeinsames Engagement und Erinnern kann dieses Projekt erfolgreich umgesetzt werden“, so Wolter weiter.